



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 1 vom 14.1.2016

Inhalt

SCHWERPUNKT: AUS DEM NONPROFIT-SEKTOR

- Diefenbach-Trommer: Gemeinnützigkeit und politische Willensbildung
- Leseberg: Was Stifterinnen und Stifter bewegt
- Link/ Jaskula: Arbeit wird anders
- Klein: Menschenrechtspolitik als Rechtspolitik

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Menschenrecht statt Deutschenrecht: Antrag der Fraktion DIE LINKE
- Beschluss zur Zukunft der Bürgergesellschaft des CDU-Parteitag
- Task Force gegen rechtswidrige Hassbotschaften
- Deutscher Kulturrat fordert »Kultur macht stark« II
- Sternsingen ist immaterielles Kulturerbe
- Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit: Ergebnisse
- Spendenmonitor 2015

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Das BBE auf der Grünen Woche 2016
- Dokumentation der INKA-Abschlusskonferenz erschienen
- Mitglied des Monats: Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee

FACHDISKURS

- UPJ-Jahrestagung 2016 und 20-jähriges Bestehen
- »Attraktives Ehrenamt im Sport«: Abschlusstagung
- openTransfer CAMP »Inklusion«
- Modellprojekte zum Thema Flucht: Ausschreibung
- »Landgemeinden im Aufbruch«: Tagung
- Bundesverband Deutscher Stiftungen: Neuer Generalsekretär
- »Teamplayer gesucht: Engagier Dich!«: Projektende
- »Grenzen überwinden«: Publikation
- »Psychologie der Freiwilligenarbeit«: Publikation
- Hinweis

SCHWERPUNKT: AUS DEM NONPROFIT-SEKTOR

Diefenbach-Trommer: Gemeinnützigkeit und politische Willensbildung

ATTAC war nur das jüngste, prominente Beispiel: Zivilgesellschaftliche Organisationen, die für ihre Ziele politisch agieren, laufen stets Gefahr, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Seit sechs Monaten arbeitet die Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«, um in Öffentlichkeit und Politik die Risiken des Gemeinnützigkeitsrechts für die politische Debatte bewusst zu machen. Die hessische Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat sich in einem öffentlichen Fachgespräch am 30. November 2015 dem Thema angenommen. Stefan Diefenbach-Trommer, Vorstand und Koordinator der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«, berichtet in seinem Gastbeitrag von der Veranstaltung und zeigt kontroverse Diskurslagen auf.

[Gastbeitrag von Stefan Diefenbach-Trommer](#) (PDF, 421 kB)

[nach oben](#)

Leseberg: Was Stifterinnen und Stifter bewegt

Was motiviert StifterInnen zu ihrem Handeln und Engagement, welches Verhältnis haben sie zu ihrer Stiftung, was sind ihre Ansichten und Vorschläge für eine verbesserte Stiftungskultur? Nina Leseberg, Projektleiterin Stifterstudie im Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V., stellt einige der Antworten dar, die eine neue Studie des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen bietet. Sie beruhen auf einer schriftlichen Umfrage, an der sich 676 Stifterinnen und Stifter beteiligten, die seit 2004 allein oder zu zweit eine gemeinnützige Stiftung mit mindestens 50.000 Euro errichteten. Zusätzlich wurden Interviews mit Stiftenden etwa darüber geführt, welcher Gebrauch ihres Vermögens ihnen wichtig ist: »Wertvorstellungen wie ›einen hohen Lebensstandard haben‹, ›die eigenen Bedürfnisse durchsetzen‹ oder ›das Leben in vollen Zügen genießen‹ sind den befragten Stifterinnen und Stiftern weniger wichtig als dem Bevölkerungsdurchschnitt.« Die Veröffentlichung wurde durch Unterstützung der Klaus Tschira Stiftung und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft möglich.

[Gastbeitrag von Nina Leseberg](#) (PDF, 685 kB)

[nach oben](#)

Link/ Jaskula: Arbeit wird anders

Die Digitalisierung des Arbeits- und Privatlebens hat das zeitweilig verschüttete Thema der Zukunft der Arbeit mit dem Leitbegriff »Arbeiten 4.0« reaktualisiert. Am 2. Dezember 2015 hat das CoLab, eine ExpertInnenplattform zum digitalen Wandel,

eine Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt, die im Rahmen eines Konsultationsprozesses des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) stattfand. Dieser Rahmen und zentrale Inhalte der Veranstaltung sind die Themen des Veranstaltungsberichts von Malte Link, bis Ende 2015 als Werkstudent bei Capgemini und CoLab, und Monika Jaskula, Pressesprecherin und Community-Managerin beim Internet und Gesellschaft Collaboratory e.V.

[Gastbeitrag von Malte Link und Monika Jaskula](#) (PDF, 466 kB)

[nach oben](#)

Klein: Menschenrechtspolitik als Rechtspolitik

Der Menschenrechtsaktivist Wolfgang Kaleck, juristischer Beistand von Edward Snowden in Deutschland und Leiter des European Center für Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin, ist eine Persönlichkeit, dessen Autobiographie von öffentlichem Interesse ist. Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE, skizziert in seiner Rezension die Brücken zwischen Kalecks Biographie und universaler Menschenrechtsgeschichte und -politik. Die Rezension ist erstmals erschienen im Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28/2015, Heft 4, Lucius & Lucius, Rubrik »Literatur«.

[Rezension von Dr. Ansgar Klein](#) (PDF, 433 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

Menschenrecht statt Deutschenrecht: Antrag der Fraktion DIE LINKE

Grundrechte des Grundgesetzes, die bisher nur für Deutsche gelten, sollen für alle Menschen gelten: Das will Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag erreichen. Sie hat dazu am 1. Dezember 2015 einen Gesetzentwurf für eine Grundgesetzänderung (18/6877) eingebracht. Dies betrifft die Artikel 8 (Versammlungsfreiheit), 9 (Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit), 11 (Freizügigkeit) und 12 (Berufsfreiheit). Die Linke schlägt vor: »In den Artikeln 8, 9, 11 und 12 des Grundgesetzes wird die Formulierung »Alle Deutschen« durch die Formulierung »Alle Menschen« ersetzt.« In dem Gesetzentwurf weist die Fraktion darauf hin, dass es sich dabei um Menschenrechte gemäß der UN-Menschenrechtscharta handele.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE](#) (PDF, 666 kB)

[nach oben](#)

Beschluss zur Zukunft der Bürgergesellschaft des CDU-Parteitag

Auf ihrem 28. Parteitag am 14./15. Dezember 2015 hat die CDU den Bericht »Zusammenhalt stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten« beschlossen, der unter Vorsitz von Armin Laschet, MdL und stellvertretender Vorsitzender der CDU, und von Prof. Monika Grütters, MdB und Staatsministerin für Kultur und Medien, zwischen Februar 2014 und Juli 2015 entstanden war (BBE-Newsletter 15, 23.7.2015). Die CDU sieht mit dem Beschluss in der Engagementpolitik und in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements ein eigenes Politikfeld und eine Querschnittsaufgabe auf Landes- und Bundesebene. Ausdrücklich wird auch das BBE genannt: »Wichtige Förderer des bürgerschaftlichen Engagements sind oftmals auch Unternehmen. Daher wollen wir die Verbindung von öffentlicher Hand, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Förderung des gemeinwohlorientierten Handelns ausbauen und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in diese Richtung weiterentwickeln.« In einem zusammenfassenden »Flugblatt« zum Beschluss der CDU werden die Anerkennung für ehrenamtlichen Einsatz, die Weiterentwicklung des Bundesfreiwilligendienstes und die verstärkte Einbindung von Vereinen, Kirchen und Musikschulen in den Alltag von Ganztagschulen als besondere Aufgaben herausgestellt.

[Beschlossener Bericht zur Zukunft der Bürgergesellschaft](#) (PDF, 219 kB)

[Zusammenfassendes Flugblatt des Beschlusses](#) (PDF, 129 kB)

[nach oben](#)

Task Force gegen rechtswidrige Hassbotschaften

Am 15. Dezember 2015 stellte Bundesjustizminister Jochen Maas gemeinsam mit Social Media-Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen die ersten Ergebnisse der Task Force »Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet« vor. Die verabredeten Maßnahmen reichen von anwenderfreundlichen Tools über Schulungen für Mitarbeitende bis hin zu Kooperationen mit NGOs. Auf Unternehmensseite waren der Einladung zur Mitwirkung an der Task Force die Anbieter Facebook, Google (für seine Videoplattform YouTube) und Twitter gefolgt. Von zivilgesellschaftlicher Seite nahmen eco - Verband der Internetwirtschaft e.V., die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM), jugendschutz.net, klicksafe.de, die Amadeu-Antonio-Stiftung (Netz gegen Nazis) sowie der Verein Gesicht zeigen! teil.

[Weitere Informationen zu den Ergebnissen der Task Force](#)

[nach oben](#)

Deutscher Kulturrat fordert »Kultur macht stark« II

Am 9. Dezember 2015 stellte der Deutsche Kulturrat die Forderung auf, das 2013 gestartete Bundesprogramm »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« nach 2017 fortzusetzen und dafür jetzt die Voraussetzungen zu schaffen. Mit Hilfe dieses seit 2013 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Programms wurden 4.200 Bildungsbündnisse mit mindestens drei Partnern im gesamten Bundesgebiet etabliert. An den Maßnahmen nahmen bisher mehr als 300.000 Kinder und Jugendliche teil. Für den Deutschen Kulturrat ist dabei klar, dass der Erfolg des Programms von den zivilgesellschaftlichen Verbänden und Initiativen abhängt, die dafür Sorge tragen, dass Verantwortungsgemeinschaften von kommunalen Trägern und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, von Fachkräften und ehrenamtlich Engagierten umgesetzt werden.

[Stellungnahme des Deutschen Kulturrats](#)

[nach oben](#)

Sternsingen ist immaterielles Kulturerbe

Am 3. Dezember 2015 wurde das Sternsingen in das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes der deutschen UNESCO-Kommission aufgenommen. Seit 1959 gibt es die inzwischen deutschlandweit verbreitete »Aktion Dreikönigssingen«. Als Solidaritätsaktion von Kindern für Kinder beteiligen sich jährlich gut 330.000 Mädchen und Jungen sowie ca. 90.000 Jugendliche und erwachsene BegleiterInnen. Zwischen 1959 und 2015 sammelten die Sternsinger insgesamt rund 948 Millionen Euro und unterstützten rund 68.600 Projekte und Hilfsprogramme für Kinder in Afrika, Lateinamerika, Asien, Ozeanien und Osteuropa. Neben dem Sternsingen sind das Choralsingen, das Ehrsame Narrengericht zu Grosselfingen, das Kneippen, die manuelle Glasfertigung, das Schützenwesen und die Volkstanzbewegung neu in das Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen worden.

[Weitere Informationen zum Sternsingen als immaterielles Kulturerbe](#)

[nach oben](#)

Online-Bürgerbeteiligung an der Parlamentsarbeit: Ergebnisse

Bürgerbeteiligung und insbesondere Online-Bürgerbeteiligung werden aktuell in Parlamenten diskutiert und mit unterschiedlichen Formen erprobt. Im Auftrag des Deutschen Bundestages führte das »IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH« eine Umfrage über Online-Beteiligung an der Parlamentsarbeit im Zeitraum vom 10. September bis 2. November 2015 durch. Dabei ging es unter anderem darum, welche Beteiligungsangebote überhaupt Interesse wecken können, welche Anforderungen an Online-Bürgerbeteiligung gestellt werden und warum die politische Beteiligung im Internet bislang hinter den

Erwartungen zurückbleibt. Die Ergebnisse, basierend auf der Auswertung der Antworten von 1107 Teilnehmenden, liegen jetzt vor.

[Ergebnisse der Umfrage zur Online-Bürgerbeteiligung](#) (PDF, 3,3 MB)

[nach oben](#)

Spendenmonitor 2015

Am 18. Dezember 2015 haben der Deutsche Fundraising Verband und TNS Infratest den neuen Spendenmonitor vorgestellt. Hierfür werden im Oktober/November eines Jahres 4.000 zufällig ausgewählte Befragte persönlich interviewt. So wuchs zwar die gespendete Geldmenge im vergangenen Jahr, aber dies ist allein einem Anwachsen der durchschnittlichen Geldspenden geschuldet. Die Zahl der SpenderInnen ging nämlich von 45 Prozent auf 42 Prozent der Bevölkerung zurück.

[Pressefassung des Spendenmonitors](#) (PDF, 99,6 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

Das BBE auf der Grünen Woche 2016

Die Grüne Woche ist mehr als Landwirtschaft und gutes Essen: Auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) vom 15. bis 24. Januar 2016 in Berlin präsentiert sich auch das BBE. In der Gemeinschaftsschau »Lust aufs Land - gemeinsam für die ländlichen Räume« können sich interessierte BesucherInnen am Stand des BBE in der Halle 4.2. informieren. Neben dem BBE selbst sind am Stand an einzelnen Tagen folgende PartnerInnen vor Ort: Aktion Zivilcourage, Amadeu Antonio Stiftung, Archiv der Jugendkulturen, bagfa - Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V., Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt, Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt (lkj) und die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei finden an den verschiedenen Tagen unterschiedliche Aktivitäten statt. So gestaltet das BBE zum Thema »Demokratiestärkung im ländlichen Raum« am 20. Januar 2016 von 16-18 Uhr eine Diskussionsrunde, bei der sich Projektträger aus dem Bundesprogramm Demokratie Leben! und Verantwortliche aus Bundesministerien äußern. Zu finden ist der Stand in der Halle 4.2. Eine Übersicht der StandpartnerInnen und Aktivitäten, gegliedert nach Tagen, bietet der Beitrag.

[Beitrag »Das BBE auf der Grünen Woche 2016«](#) (PDF, 526 kB)

[Übersicht Standbesetzung BBE und PartnerInnen](#) (PDF, 723 kB)

[nach oben](#)

Dokumentation der INKA-Abschlusskonferenz erschienen

Wie können Freiwillige besser in den Katastrophenschutz integriert werden? Am 23. September 2015 kamen im Berliner Umweltforum ca. 150 ExpertInnen aus Katastrophenschutz, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen, um über diese Frage zu diskutieren, die im Zentrum des Projekts INKA (Professionelle Integration freiwilliger Helferinnen und Helfer in Krisenmanagement und Katastrophenschutz) stand. Am Vormittag gaben zunächst EntscheidungsträgerInnen aus Behörden, Katastrophenschutzorganisationen und Wirtschaft ihre Einschätzungen zu den durch die ProjektpartnerInnen vorgestellten Projektergebnissen ab. Der Nachmittag gehörte dann den PraktikerInnen, die sich in Arbeitsgruppen anhand ausgewählter Empfehlungen aus den Praxisleitfäden über Möglichkeiten der Umsetzung austauschten. Zum Abschluss gewährten der Arbeiter-Samariter-Bund, das Technische Hilfswerk, die Johanniter Unfallhilfe und die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft einen Einblick, welche Maßnahmen sie derzeit ergreifen, um Freiwillige besser in den Katastrophenschutz zu integrieren. Eine Dokumentation der Konferenz ist nun verfügbar.

[Dokumentation der INKA-Abschlusskonferenz](#) (PDF, 5,5 MB)

[nach oben](#)

Mitglied des Monats: Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee

Für Interessierte, die sich in Entwicklungsländern sozial engagieren wollen, ist er häufig die erste Anlaufstelle: der Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee (AKLHÜ). Er berät, unterstützt und informiert zu Möglichkeiten des persönlichen und beruflichen Engagements weltweit sowie zu Projekten, Programmen und Zugangsvoraussetzungen verschiedener internationaler Freiwilligen- und Entwicklungsdienste. Gegründet wurde er 1963 als Zusammenschluss von Organisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit aktiv sind. Die Synergien zwischen diesen Organisationen zu stärken und sie dabei zu unterstützen, die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern, ist ein Ziel des AKLHÜ. Als Kontakt- und Vernetzungsstelle fördert er den Austausch zu Fachthemen und zu Fragen der Entsendung von Freiwilligen und Fachkräften. Mit der Fachmesse »Engagement weltweit« bietet er AkteurInnen der Entwicklungszusammenarbeit zudem die Gelegenheit, sich der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen. Der AKLHÜ gehört zu den Gründungsmitgliedern des BBE und setzt sich im Netzwerk für die Verbesserung der Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Freiwilligendienste ein.

[Weitere Informationen zum AKLHÜ](#)

[nach oben](#)

FACHDISKURS

UPJ-Jahrestagung 2016 und 20-jähriges Bestehen

Am 3. März 2016 findet in Berlin die UPJ-Jahrestagung mit dem Titel »CSR und soziale Kooperationen: Perspektiven - Strategien - Praxis« statt. Gleichzeitig feiert UPJ sein 20-jähriges Bestehen und bietet mit der Jahrestagung eine Plattform für die Vernetzung und den Austausch von über 250 Verantwortlichen: ExpertInnen, PraktikerInnen aus Unternehmen, regionalen MittlerInnen und Non-Profit-Organisationen aus Bund, Ländern, Kommunen, Politik, Wissenschaft, Netzwerken, Verbänden und Medien. Das Programm beinhaltet Vorträge, Fallbeispiele, Debatten, einen politischen Mittagstisch, Sprechstunden sowie einen interaktiven Know-How-Transfer zu Entwicklungen verantwortlicher Unternehmensführung. Je nach Organisationsgröße beträgt der Teilnahmebeitrag zwischen 100 und 400 Euro zzgl. MwSt. Die Teilnahme am Abendempfang ist kostenfrei. Anmeldungen bis zum 21. Januar 2016 erhalten einen Nachlass von 20 Prozent.

[Weitere Informationen zur UPJ-Jahrestagung](#)

[nach oben](#)

»Attraktives Ehrenamt im Sport«: Abschlusstagung

Am 12. Februar 2016 findet die Abschlusstagung zum Projekt »Attraktives Ehrenamt im Sport. Gesucht: Funktionsträger/innen in der 2. Lebenshälfte für Sportvereine« des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) in Berlin statt. Im Fokus der Tagung stehen zentrale Fragen, mit denen sich das Projekt im Zeitraum April 2013 bis März 2016 beschäftigt hat: Was macht Vorstandsarbeit in Sportvereinen attraktiv? Unter welchen Voraussetzungen engagieren sich Menschen in der zweiten Lebenshälfte im Vorstand? Mit welchen Methoden kann die Vorstandsarbeit konkret weiterentwickelt werden? In fünf Workshops sollen Antworten darauf erarbeitet werden. Erstmals haben sich »Tandems« aus Freiwilligenagenturen oder Seniorenbüros und Sportvereinen oder -verbänden gebildet, um mit den jeweils eigenen Erfahrungen und Kompetenzen diese Fragestellungen zu bearbeiten und unterschiedliche Modelle zu erproben, die bei der Tagung vorgestellt werden. Anmeldeschluss ist der 31. Januar 2016.

[Weitere Informationen zur Abschlusstagung](#)

[Anmeldung zur Abschlusstagung](#)

[nach oben](#)

openTransfer CAMP »Inklusion«

Am 30. Januar 2016 findet das nächste openTransfer CAMP »Inklusion« in München statt. Wie können Begegnungen über eine Online-Börse ermöglicht werden? Wie lassen sich digitale Barrieren vermeiden? Welche Fördermöglichkeiten gibt es für Projekte? U.a. diese Fragen sollen auf dem openTransfer CAMP unter den Teilnehmenden diskutiert werden. Die Veranstaltung richtet sich vor allem an Projektverantwortliche, Engagierte und InitiatorInnen, die sich im Bereich digitale Inklusion und virtuelle Sozialräume bewegen. Das openTransfer CAMP »Inklusion« wird von der Aktion Mensch und der Stiftung Bürgermut mit Unterstützung der Social Entrepreneurship Akademie veranstaltet. Die Teilnahme ist kostenlos. Um Anmeldung wird gebeten.

[Weitere Informationen zum openTransfer CAMP »Inklusion«](#)

[nach oben](#)

Modellprojekte zum Thema Flucht: Ausschreibung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) fördert in diesem Jahr mindestens 20 Modellprojekte, die sich mit dem Thema Flucht und Asyl beschäftigen. Gemeinnützige Organisationen mit Sitz in Deutschland können sich noch bis zum 31. Januar 2016 um Fördersummen zwischen 20.000 und 50.000 Euro bewerben. Mit den geförderten Maßnahmen soll die intensivere Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den komplexen Themen für unterschiedliche Zielgruppen ermöglicht werden. Förderfähig sind zum Beispiel Fortbildungen und Qualifizierungsangebote für MultiplikatorInnen wie Lehrkräfte, BildungsträgerInnen, ehrenamtlich Engagierte sowie lokale AkteurInnen sowie Diskussionsveranstaltungen und politische Bildungsangebote für Geflüchtete. Die eingereichten Projekte müssen für mindestens sechs Monate im Zeitraum 1. März 2016 bis 31. Dezember 2016 durchgeführt werden und sollten eine langfristige Wirkung anstreben. Zudem sind messbare Projektziele zu benennen.

[Weitere Informationen zur Ausschreibung der bpb](#)

[nach oben](#)

»Landgemeinden im Aufbruch«: Tagung

Vom 29. Februar bis zum 1. März 2016 findet die Tagung »Landgemeinden im Aufbruch. Praxisbeispiele und Möglichkeiten selbstorganisierter

Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum« in Bad Alexandersbad statt. Die Tagung beschäftigt sich mit Konzepten und Beispielen selbstorganisierter Gemeindeentwicklung in ländlichen Räumen. »Raumpioniere« aus dem Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsbereich des Fichtelgebirges und angrenzender Regionen geben in der Tagung praktische Impulse für eine neue, zukunftsfähige Dorf- und Regionalentwicklung. Neben der Möglichkeit zum Austausch der Teilnehmenden werden folgende Themen in Inputs aufgegriffen: »Nachhaltige Entwicklung in peripheren ländlichen Regionen - neue Aufgaben für Staat, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft«, »Was Dörfer brauchen, um zukunftsfähig zu werden« sowie Impulse von Raumpionieren zu einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume.

[Weitere Informationen zur Tagung in Bad Alexandersbad](#) (PDF, 1,67 MB)

[nach oben](#)

Bundesverband Deutscher Stiftungen: Neuer Generalsekretär

Am 15. Dezember 2015 teilte der Bundesverband Deutscher Stiftungen offiziell mit, dass Felix Oldenburg sein neuer Generalsekretär wird. Er wird damit Nachfolger von Prof. Dr. Hans Fleisch (57), der nach 11 Jahren an der Spitze des Dachverbandes in die Geschäftsführung der Lipoid Stiftung wechselt. Felix Oldenburg ist seit 2009 Hauptgeschäftsführer Deutschland und seit 2011 Europa Direktor von Ashoka, die weltweit Social Entrepreneurs fördert. Er wird seine neue Aufgabe Mitte April 2016 übernehmen. Prof. Dr. Michael Göring, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, erklärte zum Nachfolger: »Der Vorstand freut sich, mit Felix Oldenburg einen Nachfolger gefunden zu haben, der als Pionier für soziale Innovationen und gemeinwohlorientiertes Unternehmertum diese Arbeit fortführen wird«.

[Pressemitteilung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen](#)

[nach oben](#)

»Teampayer gesucht: Engagier Dich!«: Projektende

Am 5. Dezember 2015 stellte der Deutsche Basketball Bund (DBB) in Berlin die Ergebnisse und Erfahrungen des Pilotprojektes »Teampayer gesucht: Engagier Dich!« vor. Zum Abschlusskongress kamen über 60 Gäste aus Vereinen und Verbänden, aus den Gremien des DBB und anderen Organisationen aus der Zivilgesellschaft. Projektkoordinator Michael Neumann und Projektleiter Tim Brentjes gaben einen Rückblick auf den Verlauf und die Erfahrungen des dreijährigen Projektes. Mit über 50 vor Ort beratenen Vereinen deutschlandweit bewertete das Projektteam das Projekt als einen vollen Erfolg. Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

[Weitere Informationen zum Abschlusskongress](#)

»Grenzen überwinden«: Publikation

Es sind die TrägerInnen und ErbringerInnen sozialer Arbeit, die die Versorgung und Unterbringung geflüchteter Menschen sicherstellen, aber auch ihre gesellschaftliche Integration befördern müssen. Das Heft »Grenzen überwinden: Perspektiven für die Integration Geflüchteter« (4/2015) beschäftigt sich mit den derzeitigen Erfahrungen vor Ort: Nach einer Erläuterung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen werden verschiedene Handlungsfelder anhand konkreter Projekte vorgestellt. Strukturelle Hindernisse werden identifiziert und daraus Vorgaben für eine gelingende Integration Geflüchteter abgeleitet. Die Beiträge geben Anregungen für AkteurInnen in Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege, die die Integration geflüchteter Menschen umsetzen und gestalten.

[Weitere Informationen zur Publikation »Grenzen überwinden«](#)

[nach oben](#)

»Psychologie der Freiwilligenarbeit«: Publikation

Was motiviert Freiwillige? Wie organisiert man ehrenamtliche Arbeit? Wie werden Aufgaben Freiwilliger gestaltet? Die Publikation »Psychologie der Freiwilligenarbeit« von Theo Wehner und Stefan T. Günter (Hrsg.) liefert psychologische Grundlagen, Praxisbeispiele und Ideen für ein besseres Verständnis und die Umsetzung von Freiwilligenarbeit. Es wird erläutert, wie das Thema sozial-, arbeits- sowie organisationspsychologisch einzuordnen ist, wodurch freiwillige Arbeit motiviert und wie sie organisiert wird. Auch werden besondere Engagementfelder wie z. B. Palliative Care, SeniorInnen im Klassenzimmer, Eventfreiwillige und neue Formen der Freiwilligkeit (Voluntourismus) sowie Befunde im europäischen Vergleich vorgestellt. Der Band richtet sich an PraktikerInnen, WissenschaftlerInnen, Studierende und FreiwilligenkoordinatorInnen und -managerInnen, die sich mit der Erforschung, Organisation und Gestaltung ehrenamtlicher Tätigkeiten befassen.

[Weitere Informationen zur Publikation](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 28. Januar 2016.

Redaktionsschluss ist der 21. Januar 2016.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern

repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom

